



Innenminister Zimmermann
„Alle zehn Sekunden ein Visum“

war. Antonius Eitel, Anfang der siebziger Jahre Persönlicher Referent des Ost-Unterhändlers Egon Bahr im Kanzleramt, hat 1979 in einem Buch über „Die Ostverträge“ unter dem Pseudonym Benno Zündorf die Gründe für die heute so unwillkommene Regelung dargelegt.

In der Wohnsitzbestimmung, so Eitel, habe damals niemand ein Risiko gesehen, weil der Eisenerne Vorhang dicht war und „weitere Umsiedlungen in der einen oder anderen Richtung“ nicht absehbar waren. Das Rentenabkommen habe vielmehr „den Aufhänger für eine weitere Vereinbarung“ abgegeben.

Um die Versöhnung mit Polen zu erreichen, war die sozialliberale Koalition bereit, Ansprüche der polnischen Rentenversicherung pauschal mit 1,3 Milliarden Mark abzugelten. Von diesem Geld sollten in Polen Renten an Arbeitnehmer gezahlt werden, die vor dem Krieg und während des Krieges im „Reich“ gearbeitet hatten. Außerdem wurde damit ein Rentenanspruch der rund 20 000 polnischen Zwangsarbeiter begründet. Schließlich erhielten die Polen noch einen Staatskredit von einer Milliarde Mark.

Im Gegenzug ließ Warschau damals rund 125 000 Deutsche ausreisen. Auf Druck der CDU-Länder wurden die Ausreisezahlen in Nachverhandlungen noch einmal erhöht.

Heute aber können die Polen reisen, die Warschauer Regierung legt ihnen nichts mehr in den Weg.

Der Bonner Arbeitsminister fürchtet nun, allzu viele Polen im Rentenalter könnten künftig der Verlockung einer Westrente nicht widerstehen und mit Hilfe eines Touristenvisums einen Wohnsitz im Bundesgebiet begründen. Diese Polen dann massenweise mit Hil-

fe der Polizei zurück in den Ostblock zu zwingen ist für Helmut Kohl keine verlockende Perspektive. Deshalb soll Horst Teltschik versuchen, den Polen einen freiwilligen Verzicht auf die Wohnsitzklausel abzuhandeln.

Sollte Warschau hoffen, für ein polnisches Entgegenkommen einen hohen Preis herauszuschlagen zu können, hätten sich die Kommunisten getäuscht, signalisieren Bonner Beamte, notfalls werde Bonn das Problem durch einseitige Kündigung des Rentenabkommens lösen. Das wäre mit einer Halbjahresfrist zu jedem Jahresende möglich – kein schöner Auftakt für eine neue Polen-Politik der Regierung Kohl.

BERLIN

Gedeckter Tisch

Während Sozialdemokraten und Alternative über ein Bündnis verhandeln, wächst der Widerstand in der Stadt.

Wo sich SPD-Wahlgewinner Walter Momper, 44, unter die Berliner mischt, bekommt er neuerdings statt Huldigungen immer öfter Mißtöne zu hören. „Rote Ratte“, zischte es auf dem Krippball hinter ihm her. Bei einem Rundgang Mompers durch das Märkische Viertel rief eine Frau: „Da ist der Mann, der nicht hält, was er verspricht.“

„Wortbruch“ heißt das Stichwort, das auch Juso-Vize Christian Hoßbach, 25, oft zu hören bekam, als er letzte Woche bei einer Telefonaktion „SPD an der Strippe“ drei Stunden lang den Partei-Apparat bediente. Hoßbach war danach „geschlaucht wie lange nicht mehr“.

Durch das unverhofft gute Abschneiden bei der Parlamentswahl Ende Januar sind die Sozialdemokraten in eine prekäre Lage geraten. Ihr Vorsitzender Walter Momper hatte vor der Wahl ein Bündnis mit der Alternativen Liste (AL: 11,8 Prozent) nahezu ausgeschlossen. Dann aber bekamen die Sozialdemokraten 55, die Alternativen 17 Sitze im Abgeordnetenhaus – und damit rechnerisch die Mehrheit gegen CDU (55 Sitze) und die neu ins Parlament gewählten rechtsradikalen Republikaner (elf Sitze).

* Mit AL-Gesprächspartnerinnen Heidi Bischoff-Pflanz und Renate Künast.

Nun verhandelt Bürgermeister-Kandidat Momper mit den Grünen, die mittlerweile in Streitpunkten wie Berlin-Status und Gewaltfrage eingelenkt haben, über „eine neue Politik“.

Daß es dafür in der Stadt offenbar „noch keine gesellschaftliche Mehrheit gibt“, wie Politologe Momper sich vorsichtig ausdrückt, belegen drastische Beispiele. Aus den Betrieben melden die Genossen „Klowandschmierereien“ mit Hakenkreuzen gegen Rot-Grün. Eine Postkartenaktion, mit der die SPD sich nachträglich ein Votum der Bürger für den rot-grünen Aufbruch einholen will, verläuft nur schleppend: Von einer halben Million Karten kamen bisher kaum 10 000 zurück – viele mit einem angekreuzten „Nein“.

Die Konservativen lassen nichts unversucht, die Stimmung für sich zu nutzen: Bei einer Demonstration auf dem Ku'damm marschierten auch CDU-Politiker wie Generalsekretär Klaus-Rüdiger Landowsky, rechtsradikale Republikaner und Skinheads, insgesamt rund 1000 Protestierer, gegen eine „Koalition des Verderbens“, so der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Heinrich Lummer. „Rotfront verrecke“ skandierten Teilnehmer des Aufzugs, veranstaltet von der unionsnahen „Initiative Zukunft Berlins nicht gefährden“.

Das politische Klima in Berlin war lange nicht mehr so polarisiert. Das zeigte sich auch bei der Parlamentseröffnung am Donnerstag letzter Woche.

Auf den Straßen vor den Rathäusern in Schöneberg und den Bezirksparlamenten demonstrierten Bürger („Nazis raus“) gegen den Einzug der Republikaner-Fraktionen, die von Polizeispalieren geschützt werden mußten. Im Abgeordnetenhaus formierten sich die 17



Verhandlungsführer Momper*, Gegendemonstrant Lummer:

Abgeordneten der Alternativen Liste mit vorgehaltenen Buchstaben-Postern beim ersten Redebeitrag des Republikanerchefs Bernhard Andres zur Protestzeile: „Wehret den Anfängen“.

Für Erregung sorgte auch der frischgewählte Parlamentspräsident Jürgen Wohlrabe, 52. Daß der Filmkaufmann und CDU-Rechtsaußen – Herbert Wehner nannte ihn einst „Übelkrähe“ – nach einer internen Kampfabstimmung von seiner Partei nominiert wurde, betrachteten viele Sozis als Provokation. Deshalb blieb der Brauch, den Parlamentspräsidenten per Akklamation zu wählen, diesmal auf der Strecke: Wohlrabe siegte, in geheimer Abstimmung, nur knapp mit 74 Stimmen – vor allem mit Hilfe der Republikaner, aber auch einiger Sozialdemokraten, die eine Hintertür zur CDU wohl nicht endgültig zuschlagen wollten.

Demonstrative Distanz hält Momper in den Verhandlungswochen zu den Alternativen. Vor Kameras und Mikrofonen gibt er immer wieder „Skepsis“ über die rot-grünen Gespräche zu Protokoll. Momper folgt damit einem Rat, den ihm hessische und Hamburger Parteifreunde mit rot-grüner Verhandlungserfahrung gegeben haben: „Die Leute müssen sehen, daß du dich quälst.“

Am Dienstag voriger Woche drohte der Sozialdemokrat den Alternativen sogar wieder mit einer großen Koalition: Für den bisher Regierenden CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der vorige Woche zurückgetreten ist, die Amtsgeschäfte bis zur Bildung eines neuen Senats aber weiterführt, müsse „immer ein gedeckter Tisch sein und ein Stuhl, auf den er sich setzen kann“. Als Sanktion gegen bockige Verhandlungspartner kämen auch Neuwahlen in Betracht, lassen Mompers Gewährsleute durchblick-

ken. Wolfgang Nagel, Wahlkampfleiter und Momper-Intimus: „Nie davon reden, immer daran denken.“

Doch der Annäherung tut die Stichelei keinen Abbruch. Vorige Woche meldeten die Verhandlungskommissionen nach und nach Einigkeit. Zunächst wurden programmatische Selbstgänger abgehandelt: 7000 Wohnungen zusätzlich sollen jährlich in West-Berlin gebaut, 100 000 staatlich kontrollierte Wohnungen wieder in die Mietpreisbindung genommen werden. Den streikgeschädigten Unis soll mehr Selbstbestimmung gegeben, auf Kabinettssebene ein Frauen-Ressort gegründet und eine preisgünstige Umweltkarte für Busse und Bahnen eingeführt werden.

Auch auf sensiblen Streitfeldern kamen die Emissäre voran: Die politischen Staatsanwaltschaften sollen aufgelöst, die Hochsicherheitstrakte der Gefängnisse in Freizeitbereiche umgewandelt werden; zudem soll der offene Vollzug für Berliner Strafgefangene künftig zur Regel werden.

Noch ist unklar, ob die Erfolgsstimmung voll auf die Fraktionen durchschlägt. Dort sorgten erste Personalspekulationen für Beunruhigung bei Altein-gesessenen, die wohl auf Senatorenträume verzichten müssen und nach Ersatzpfründen, Sprecherposten oder Ausschuß-Vorsitzen Ausschau halten.

Verdrängung droht Genossen, weil die AL mindestens drei Senatsämter fordert, darunter möglichst das für Justiz. Als ministrabel werden bei der AL auch Nicht-Mitglieder gehandelt: die Erziehungsgewerkschafterin Sybille Volkholz oder Umweltjurist Reiner Geulen. Unter SPD-Insidern sind auswärtige Kandidaten wie die Rechtsprofessorin Heide Pfarr oder der frühere Bonner FDP-Staatssekretär Andreas von Schoeler im Gespräch. Ein SPD-Fraktionär: „Die kleinen Könige werden nervös.“

Zu anderen Zeiten verhiß dergleichen in Berlin höchste Alarmstufe. Denn bei nicht einmal zwei Prozent der Bürgermeister- und Senatoren-Einzelwahlen, die das Abgeordnetenhaus in 40 Jahren absolvierte, haben die Fraktionen geschlossen hinter ihren Kandidaten gestanden. Unzufriedene Genossen gelten daher als die eigentliche Gefahr für ein rot-grünes Regierungsprojekt. Keine drei Abgeordneten dürfen im Schutz der Wahlkabine abtrünnig werden.

Beklommen schaute die SPD-Spitze letzten

Donnerstag bei der Parlamentseröffnung auf eine Bewährungsprobe: Die von CDU und Republikanern abgelehnte Wahl der AL-Abgeordneten Hilde Schramm zur Parlamentsvizepräsidentin bot erste Gelegenheit für rote und grüne Unmutsträger, hinter Kabinenwänden ihre Macht zu zeigen.

Momper konnte seine Anspannung nicht verbergen, als er hinterher die Gratulationsblumen mühsam aus der Verpackung nestelte. Die Kandidatin hatte 73 Stimmen erhalten – sogar noch eine aus dem rechten Lager.

KOALITION

Verbal gebogen

Nicht nur in der Union, auch bei den Liberalen wachsen nach dem Berliner Wahldebakel die Zweifel am Kurs der Partei.

Im Schaumburger Kreis, einem vom Itrinkfreudigen Detlef Kleinert angeführten Kungelklub der FDP-Canalarbeiter, herrschte helle Empörung. Eine Agenturmeldung hatte die fröhliche Runde aufgebracht: Irmgard Adam-Schwaetzer, stellvertretende Parteivorsitzende, habe die Führung vor einem „Schmusekurs“ gegenüber der Union gewarnt. „Das ist parteischädigend“, empörte sich der Finanzexperte Otto Solms.

Das durchaus diffamierend gemeinte „Schmusekurs“-Etikett aus der Ära des Vorsitzenden Martin Bangemann hatte die AA-Staatsministerin zwar nicht ausdrücklich verwandt. „Ein Kurs zu nahe an der CDU“ führe „nicht zum Erfolg“, hieß es nur in ihrem Interview.

Aber so ähnlich war's schon gemeint. Und Adressat sollte wohl auch, wie Solms argwöhnte, der neue Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff sein. „Es geht um die Strategie der FDP“, bestätigt Frau Adam-Schwaetzer, „das ist der Kern der derzeitigen Diskussion.“

Während sich die Unionschristen seit dem Berliner Wahldesaster auf offenem Markt darüber befahlen, wie der Niedergang der Union und der Aufstieg der Republikaner aufzuhalten sei, fechten die Liberalen in aller Stille ihre Richtungskämpfe aus. „In deren Windschatten“, hofft Hans-Dietrich Genscher, „können wir uns eine Weile verbergen.“

Allmählich aber dringt der gedämpfte Lärm aus den Reihen des kleinen Partners auch nach draußen. Während alle demonstrativ und stolz Geschlossenheit vorführen, zeigt sich immer deutlicher, daß bis in die Spitze hinein Ratlosigkeit herrscht, wie die Freidemokraten am besten ihre Haut retten können.

Sollen sie den Zerfall des christliberalen Bundes noch aufhalten oder beherzt und umsichtig aufs Ende und den Wechsel zusteuern? Natürlich nach der be-



„Die Leute müssen sehen, daß du dich quälst“